

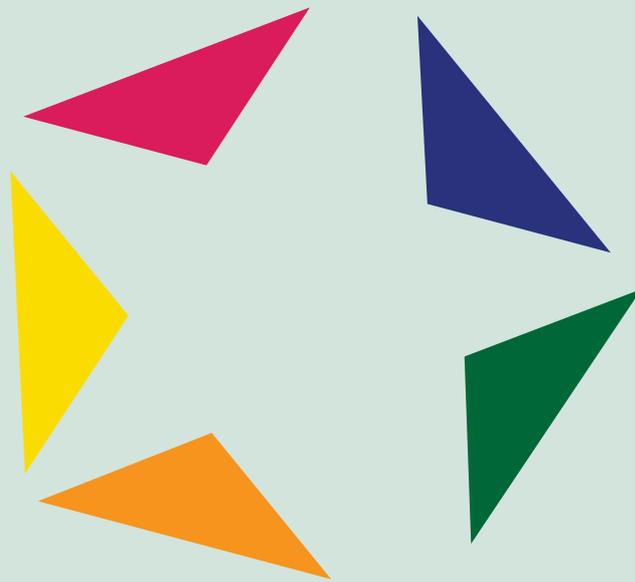


Europe *At work*

VOR DEM SPIEL

Inhalt: Datenblatt für Europe at Work	Seite
Datenblatt 1: Gesetzgebung in der EU	2-7
• Demokratische Legitimität	3
• Gesetze, die funktionieren	4
• Institutionen in der EU Gesetzgebung	5-7
Datenblatt 2: Arbeitnehmerfreizügigkeit	8-11
• Was sind deine Rechte?	9
• Sozialdumping und Wohlfahrtstourismus	10
• Wer hat das Recht?	10
• Der Gerichtshof	10
• Wer bewegt sich?	10
• Der wirtschaftliche Grund für Bewegungsfreiheit	11





DATENBLATT 1

GESETZGEBUNG
IN DER EU

Gesetzgebung in der EU

Die Zusammenarbeit in der Europäischen Union unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von der internationalen Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen oder anderen transnationalen Organisationen. Ein entscheidender Unterschied besteht darin, dass die EU-Mitgliedstaaten einen großen Teil ihrer Rechtsvorschriften in die EU-Zusammenarbeit aufgenommen haben.

Das bedeutet, dass in der EU möglicherweise Gesetze erlassen werden, zu deren Einhaltung die Mitgliedstaaten, Unternehmen und Bürger verpflichtet sind. Eine Nichtbeachtung solch einer Verpflichtung kann zu einer Verurteilung führen, ganz so, als wenn man gegen nationales Recht verstoßen hätte. Dies macht die Zusammenarbeit in der EU verbindlicher als dies in den meisten anderen internationalen Kooperationen der Fall ist.

Es ist jedoch nicht in allen Bereichen so, dass die Zusammenarbeit in der EU in Form von Rechtsvorschriften erfolgt. In vielen Bereichen sind die Länder nicht bereit, sich auf diese Art zu engagieren. Die Rechtsvorschriften werden hauptsächlich verwendet, um den Wunsch der Länder nachzukommen, auf dem Binnenmarkt gleiche Handelsbedingungen unter den Mitgliedsstaaten zu fördern, so dass EU-Bürger*innen Waren und Dienstleistungen in allen EU-Staaten zu vergleichbaren Konditionen erwerben können.

Die Erfahrung zeigt aber, dass es schwierig ist, gleiche Bedingungen für den Handel in Ländern mit unterschiedlichen Regeln, Interessen und Traditionen festzulegen. Was tut man, wenn ein Wettbewerber in einem anderen Land staatliche Unterstützung erhält? Oder wenn Waren billig verkauft werden können, weil Standards für den Umweltschutz oder der Verbrauchersicherheit ignoriert oder Kinderarbeit eingesetzt wird? Dies ist eine Art von Wettbewerb, die die meisten Menschen als unfair empfinden, und das drängt die Politik, gemeinsame Regeln für Bereiche festzulegen wie Umwelt, Produktsicherheit, Verbraucherrechte, Wettbewerbsrechte und Arbeitsbedingungen.

Gerade weil die EU-Zusammenarbeit zwingende Gesetze vorsieht, die wichtige Lebensbereiche betreffen, ist es besonders wichtig, dass diese angemessen diskutiert und entsprechend festgelegt werden. In dieser Hinsicht müssen insbesondere zwei Aspekte berücksichtigt werden.

Erstens müssen die Gesetze so festgelegt werden, dass die meisten Menschen der Meinung sind, dass

Demokratische Legitimität

Es gibt eine Reihe von Prinzipien und Verfahren, die die EU-Gesetze für die EU-Bürger*innen legitimieren.

In einem demokratischen Staat wird die demokratische Legitimität v.a. dadurch erreicht, dass die Gesetze von den Vertretern der Wähler bestimmt werden, die sie am Wahltag durch neue Vertreter ersetzen können. Dies ist in der EU nur zum Teil der Fall, da die demokratisch gewählten Mitglieder des Europäischen Parlaments das Recht auf Gesetzgebung mit den Regierungen der Mitgliedstaaten im Rat der Europäischen Union teilen müssen. Die im Rat vertretenden Minister werden indirekt durch innenpolitische Prozesse bestimmt und können somit auch nur durch innenpolitische Prozesse aus dem Rat abberufen werden.

Die EU-Gesetzgebung beruht auf den Prinzipien, die auch in den demokratischen Mitgliedsnationen gelten. Das bedeutet unter anderem, dass vor dem Gesetz alle gleich sind. Somit kann auch ein großes, mächtiges und reiches Land verurteilt werden, wenn es gegen Gesetze verstößt. Diese demokratische Grundregel richtet sich gegen eine "Herrschaft des Stärksten", welche oft die internationale Zusammenarbeit dominiert. Und sie hilft, Gesetze vor der Bevölkerung zu legitimieren.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass nur innerhalb der EU Entscheidungen in Bereichen getroffen werden können, in welchen die Mitgliedstaaten ihre Zuständigkeit auf die EU übertragen haben (Grundsatz der Legalität). Dies ist in den Verträgen der EU festgelegt, in denen die Grundform der Zusammenarbeit definiert ist. Die Verträge sind das Ergebnis langwieriger und schwieriger Verhandlungen zwischen den Regierungen. Wenn in Verhandlungen ein Kompromiss erreicht wurde, muss der Vertrag in jedem einzelnen Land genehmigt werden. In der Regel entscheiden die nationalen Parlamente, ob ein Mitgliedstaat einen neuen Vertrag annehmen kann.

Wenn die Parlamente der Mitgliedstaaten einen neuen Vertrag akzeptiert haben, haben sie auch akzeptiert, dass ein Teil ihrer gesetzgeberischen Arbeit nun in die Zusammenarbeit der EU übergehen wird. Die Rechtsetzung in der EU beruht mit anderen Worten auf der Kompetenz, die die EU von Vertretern der Wähler*innen in den Mitgliedstaaten übertragen bekommen hat.

Gleichzeitig gibt es eine Reihe grundlegender Überlegungen, die in der EU immer zu beachten sind. Sie tragen zur Wahrnehmung von Fairplay bei und zum tatsächlichen Gleichgewicht zwischen den Mitgliedsstaaten.

Erstens bestimmt der Vertrag, dass keine Gesetze akzeptiert werden können, die in Konflikt stehen mit der Europäischen Menschenrechtskonvention. Ein weiterer Grundsatz verbietet Diskriminierung jeglicher Art. Ein dritter Grundsatz besagt, dass die EU-Gesetze in Solidarität mit Verbrauchern und Arbeitnehmern sowie den peripheren Gebieten des EU-Raumes erlassen werden müssen. Schließlich gibt es ein Prinzip, welches der EU nur gestattet Gesetze zu verabschieden, wenn die Mitgliedsstaaten es nicht selbst tun können. Dieses „Subsidiaritätsprinzip“ soll der Zentralisierung entgegen wirken.

Ein Vertrag beschreibt wie die Zusammenarbeit in der Praxis gestaltet werden soll, so dass jeder den Einfluss bekommt, den sie durch die Festlegungen

Gesetze, die funktionieren

Internationale Zusammenarbeit funktioniert oft sehr langsam, wenn alle einverstanden sein sollen. Die Verhandlungen in der UNO über die Reduzierung der CO₂-Emissionen sind ein gutes Beispiel hierfür. Die EU-Länder legen Wert darauf, dass ihr Rechtsetzungsprozess in der Praxis zu Ergebnissen führt.

Das wichtigste Instrument in dieser Hinsicht ist die Möglichkeit, ein Gesetz zu bestimmen, wenn innerhalb einer Frist kein Konsens erzielt werden konnte. Die Gefahr, isoliert und überstimmt zu werden, ermutigt die Parteien daher in der Regel, sich weit zu strecken, um einen Kompromiss zu erreichen. Normalerweise arbeiten die Unterhändler somit eher für kleine als für gar keine Ergebnisse. Die Mitgliedsstaaten haben ein Interesse daran, sich gegenseitig zu helfen und Zugeständnisse zu machen – da sie ansonsten keine Mehrheit für eine gute Gesetzgebung finden würden. Und es ist immer gut, Freunde zu haben, die einem ein anderes Mal helfen und unterstützen.

Diese effektive „Gesetzesmaschine“ hat aber einen Preis. Es ist nicht mehr die nationale Regierung, die allein entscheidet, welche Probleme sie ansprechen möchte. Nationale Regierungen müssen sich auch damit befassen, was andere als Probleme wahrnehmen. Notwendige Kompromisse zwingen Regierungen eventuell dazu, Standpunkte aufzugeben, die andere nicht unterstützen können.

Manchmal werden sie sogar in Angelegenheiten, die ihnen wichtig sind, überstimmt.

Gleichzeitig ist es schwer, die EU-Gesetze zu ändern, wenn sie mit einer breiten Mehrheit angenommen worden sind. Denn wenn die Mitgliedsstaaten nach Erzielen eines Kompromisses ihre Meinung ändern könnten, würde der

Verhandlungsprozess im Kreis laufen. Die Mitgliedsstaaten können auch keine Gesetze beschließen, die den EU-Gesetzen zuwiderlaufen (Prinzip der Vorherrschaft).

Institutionen in der EU Gesetzgebung

Es sind insbesondere drei EU-Institutionen, die im Gesetzgebungsprozess eine Rolle spielen: die Europäische Kommission, der Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament. Die Kommission ist eine besondere Erfindung in der EU, die nirgendwo sonst in der internationalen Zusammenarbeit oder in den Mitgliedstaaten existiert. Der Rat ist das Forum, in dem Minister aus den Mitgliedstaaten gemeinsame Entscheidungen treffen. Das Parlament kontrolliert die ersten beiden und wirkt an der Gesetzgebung und der Verabschiedung des EU-Haushalts mit.



European Parliament

Das europäische Parlament besteht aus Politikern aus allen

Mitgliedstaaten, die für fünf Jahre gewählt worden sind. Es ist ein großes Parlament mit 705 Mitgliedern (nach dem Austritt Großbritanniens). Die Größe des Parlaments stellt sicher, dass alle Ansichten der Mitgliedstaaten und nicht nur die der größten Parteien vertreten sind. Politiker schließen sich im Parlament gemäß ihrer Grundausrichtung zu Gruppen zusammen, damit sie die Arbeit teilen und im Namen mehrerer Parlamentarier Vereinbarungen treffen können. Alle Gruppen haben Mitglieder in den parlamentarischen Ausschüssen, die Gesetze in verschiedenen Bereichen, wie der Bildung, der Außenpolitik oder dem Arbeitsmarkt bearbeiten. In den Ausschüssen wird oft ein Kompromiss gefunden, der von einer Mehrheit des Europäischen Parlaments unterstützt wird. Das Komitee wählt außerdem einen Sprecher - einen Berichterstatter -, der mit dem Rat und der Kommission verhandeln wird.



Der Rat der Europäischen Union vertritt die Regierungen der Mitgliedstaaten und besteht aus

den Ministern des betroffenen Ressorts (z. B. Landwirtschaft oder Wirtschaft). Der Rat muss ebenso wie das Parlament alle Rechtsvorschriften akzeptieren. Die Gesetze werden von Beamten vorbereitet, so dass die Minister nur über die Punkte zu verhandeln haben, bei denen Uneinigkeit besteht. Die Minister müssen sicherstellen, dass sie ein Mandat ihrer nationalen Regierungen haben, damit sie wissen, was am wichtigsten ist und was sie zustimmen können. Es gibt ein spezielles Abstimmungssystem im Rat, das eine breite Unterstützung von einer Mehrheit der Länder und einer Mehrheit der Bürger gewährleistet. Dies ist eine Form der qualifizierten Mehrheit, die auch als "doppelte Mehrheit" bezeichnet wird. Das bedeutet, dass eine Mehrheit der Mitgliedstaaten die Gesetzgebung unterstützen muss und dass diese Länder zusammen 65% der EU-Bevölkerung ausmachen müssen. Das Erfordernis, dass mehr als die Hälfte der Staaten ein Gesetz unterstützen muss, bedeutet, dass die größten Länder nicht alles selbst entscheiden können. Die 15 kleinsten Länder können immer eine Entscheidung blockieren. Dies gilt auch für die drei größten Länder mit mehr als 35% der EU-Bevölkerung.



Die Europäische Kommission. Während der Rat die Staaten und

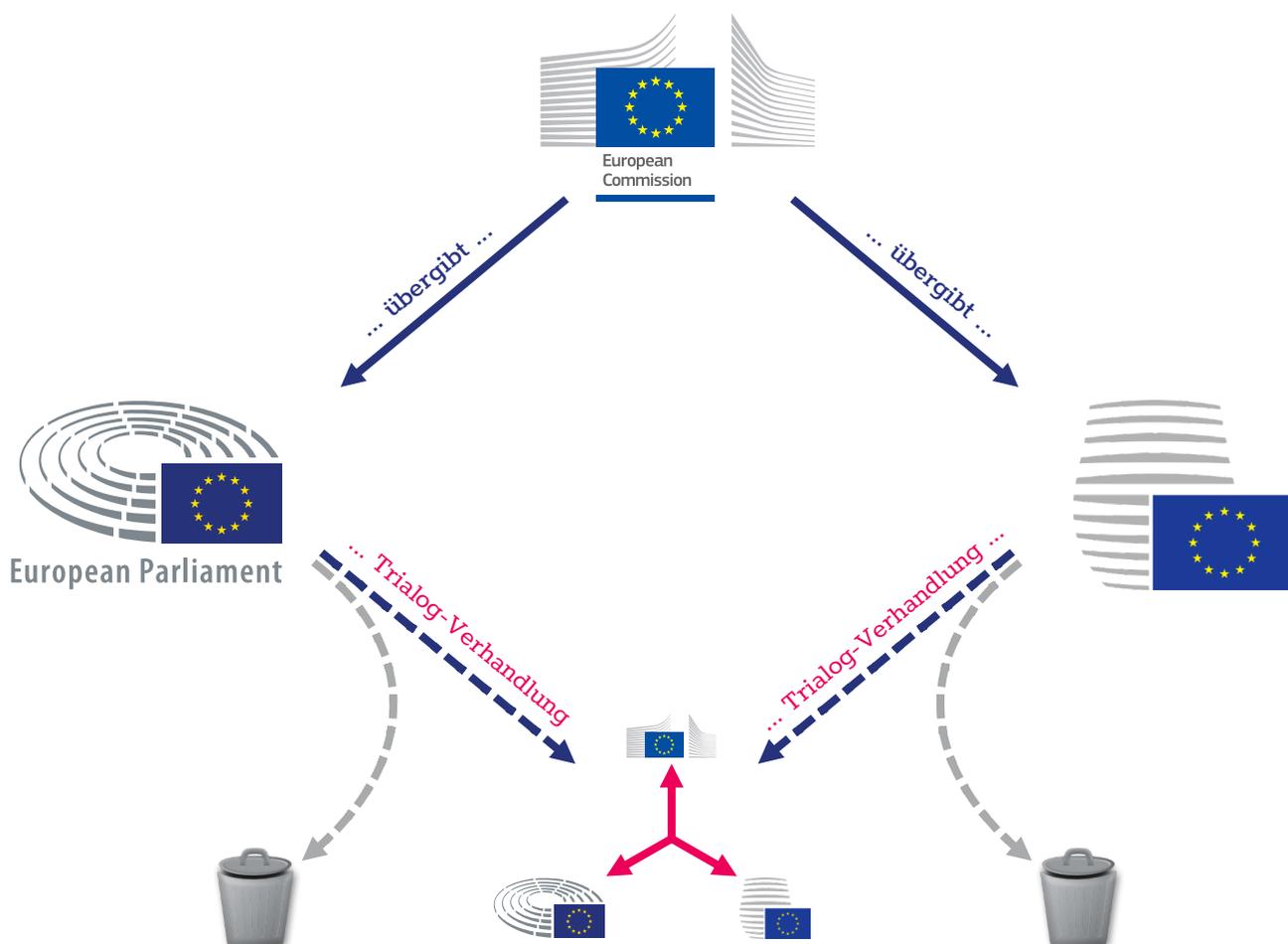
das Parlament die politische Ansichten der Bevölkerung vertritt, muss die Kommission die allgemeinen Ziele der EU vertreten, einschließlich des Ziels einer noch engeren Integration zwischen den Ländern. Die Rolle der Kommission im Gesetzgebungsverfahren besteht darin, Gesetze zu entwerfen, die diese Ziele fördern und die umgesetzt werden können. Die Gesetze werden häufig auf Initiative anderer erstellt, z. B. Auf Initiative von Staatsoberhäuptern. Die Kommission entscheidet jedoch, wie das Gesetz aussehen soll, und stellt sicher, dass es den Standards der EU-Rechtsvorschriften entspricht. Die Kommission hilft dem Rat und dem Parlament häufig, sich auf die endgültige Form eines Gesetzes zu einigen. Wenn ein Gesetz verabschiedet wurde, muss die Kommission sicherstellen, dass die Mitgliedstaaten das Gesetz wie vereinbart umsetzen. Die Kommission besteht aus verschiedenen „Sektoren“, die einen bestimmten Politikbereich behandeln, z. B. Klima, Haushalt oder Forschung. Pro Mitgliedstaat gibt es einen Kommissar, der jedoch unabhängig von seinem Heimatland ist.

Der Rechtsweg

Vorschläge müssen in der Regel sowohl im Rat der Europäischen Union als auch im Europäischen Parlament angenommen werden, um in der EU Gesetz zu werden. Im Parlament muss eine einfache Mehrheit der 705 gewählten

Abgeordneten für den Vorschlag stimmen. Der Rat der Europäischen Union beschließt mit der sogenannten qualifizierten Mehrheit.

Der Rat der Europäischen Union, Das europäische Parlament, Staatsoberhäupter, 1 Million Bürger or 4 Mitgliedstaaten fordern die Kommission auf, ein Gesetz vorzuschlagen. Wenn die Kommission keines aus eigener Initiative vorschlägt. Die Kommission analysiert die Angelenheit mit den betroffenen Parteien und erstellt einen Gesetzesvorschlag, den sie ...



Parlamentarier diskutieren die Angelegenheit in den zuständigen Ausschüssen und mit anderen Mitgliedern ihrer Gruppen, Parteien usw. Typischerweise wird ein Vorschlag mit Änderungen erarbeitet, die der Ministerrat dann akzeptieren kann.

Im vermittelnden Trialog zwischen des Europäischen Parlaments, des Ministerrats und der Kommission wird oft ein Kompromiss gefunden. Andernfalls muss der Vorschlag innerhalb eines festgelegten Zeitrahmens im Parlament und im Rat neu aufbereitet werden.

Die Minister diskutieren den Vorschlag der Kommission und die Abänderungen des Parlaments und beraten sich mit Vertretern ihres Heimatlandes. Entweder werden vom Ministerrat all Abänderungen angenommen, oder der Rat billigt nicht alle Änderungen. Im letzteren Fall wird eine Vermittlung im Trialog zwischen Vertretern des Ministerrats, des Parlaments und der Kommission eingeleitet.

Kernkonzepte

Demokratische Legitimität. Eine politische Entscheidung, wie z.B. ein Gesetz, ist demokratisch legitimiert, wenn sie von denjenigen anerkannt wird, die von der Entscheidung betroffen sind, vor allem dadurch, dass sie nach allgemein anerkannten Prinzipien der Machtverteilung zustande gekommen ist.

Richtlinien und Verordnungen. In der EU gibt es verschiedene Arten von Gesetzen. Am gebräuchlichsten sind die sogenannten Verordnungen, die sofort für alle Bürger der Mitgliedstaaten gelten. Des Weiteren gibt es die sogenannten Richtlinien, die die Mitgliedstaaten verpflichten, die Beschlüsse umzusetzen, ihnen dabei aber Entscheidungsspielraum lassen.

Die allgemeinen Ziele der EU: Im Vertrag der EU sind mehrere allgemeine Ziele für die EU definiert: die langfristige wirtschaftliche Entwicklung mit niedriger Inflation und hoher Beschäftigung, sozialer Entwicklung, nachhaltiger Entwicklung, ausgewogener sozialer Sicherheit, hohen Sozialstandards, Achtung der Menschenrechte der Bürger, Achtung der nationalen Identität der Mitgliedstaaten und Achtung der demokratischen Regierungsführung der Mitgliedstaaten.

Integration ist ein Prozess, bei dem nationale Grenzen ein immer geringeres Hindernis für Handel, Umsiedlung, Investitionen und Zusammenarbeit sein sollen. Im jüngsten Vertrag der EU, dem Vertrag von Lissabon, wurde beschlossen, dass die Mitgliedstaaten die Integration und einen stärkeren Zusammenhalt innerhalb der EU fördern sollen (Prinzip der stärkeren Integration).

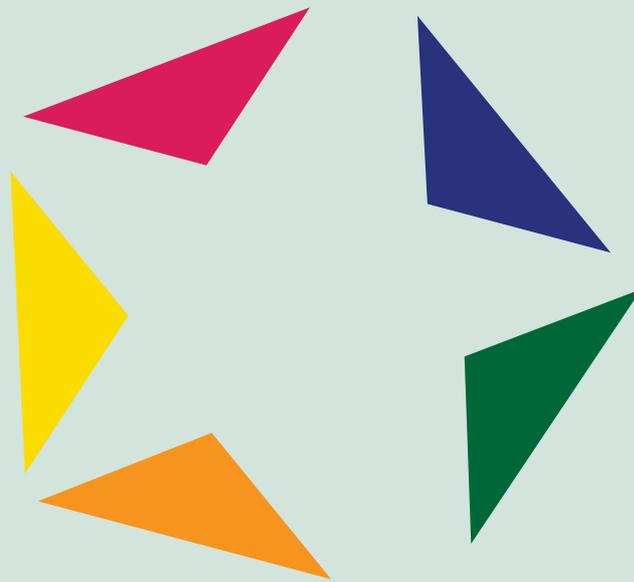
Eine qualifizierte Mehrheit bedeute, dass eine Entscheidung von einer breiten Mehrheit getragen sein soll. Im Rat hat dies eine besondere Bedeutung: Ein Gesetz muss von einer Mehrheit der Länder (mindestens 16 von 27 (28)) unterstützt werden, und diese Länder müssen mindestens ein Drittel der EU-Bevölkerung vertreten. Dies bedeutet, dass die französischen Stimmen "mehr" zählen als estnische, weil es mehr französische Staatsbürger gibt. Die großen Länder können jedoch nicht einfach Entscheidungen über die kleinen Länder treffen.

Legalität bedeutet legal oder gemäß dem Gesetz. In der EU bedeutet dies, dass den EU-Institutionen die Handlungskompetenz übertragen werden muss, um rechtliche Entscheidungen treffen zu können. Diese Kompetenzübertragung wird in den EU Verträgen geregelt.

Das Subsidiaritätsprinzip besagt, dass alle politischen und gesellschaftlichen Fragen von der Behörde behandelt werden müssen, die dafür am besten gerüstet ist. Die EU kann nur dann Entscheidungen treffen, wenn dies von Regierungen oder regionalen oder lokalen Behörden nicht entsprechend beschlossen werden können. Die nationalen Parlamente können Einwände erheben, wenn dieser Grundsatz nicht beachtet wird.

Verträge sind Vereinbarungen zwischen Staaten. Der aktuelle EU-Vertrag wird als Vertrag von Lissabon bezeichnet. Es wurde 2007 angenommen und trat 2009 in Kraft. Der Vertrag wird manchmal als Verfassung der EU bezeichnet und definiert die Arbeitsbereiche und Verfahren der Union. Mit anderen Worten, Entscheidungen und Rechtsvorschriften der EU basieren auf diesem Vertrag.

Trilog-Verhandlungen sind ein Forum, in dem der Rat der Europäischen Union, das Europäische Parlament und die Kommission zusammenkommen, um Kompromisse auszuhandeln und zu vereinbaren.



DATENBLATT 2

ARBEITNEHMERFREIZ ÜGIGKEIT

Arbeitnehmerfreizügigkeit

Viele von uns träumen davon, irgendwann in einem anderen europäischen Land zu arbeiten.

Eine Untersuchung des Statistischen Amtes der EU zeigt, dass nicht weniger als 80 Millionen Europäer diesen Traum haben. Rund 50 Millionen Menschen haben es bereits umgesetzt. Im Jahr 2014 arbeiteten rund 15 Millionen EU-Bürger in einem anderen Land als dem, aus dem sie stammen.

Wir haben das Recht, das zu tun, aufgrund der EU-Vorschriften zur Freizügigkeit der Arbeitnehmer. Die Regeln basieren auf dem Prinzip der vier Freiheiten, die zu Beginn der Zusammenarbeit in der EU nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sind. Das Prinzip besagt, dass Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeit in der Union über die nationalen Grenzen hinausgehen können. Die EU-Länder wünschten sich einen großen, gemeinsamen Markt, in dem Menschen grenzüberschreitend handeln und investieren können, und in dem die Arbeitskräfte frei zu den verfügbaren Arbeitsplätzen wechseln können.

Aber Prinzipien sind das eine, das andere ist die Praxis. Obwohl die Länder den großen, gemeinsamen Markt wollten, gab es viele Hindernisse und Widerstände, wenn Wettbewerber von außen eingelassen werden sollten. Jedes Land hatte seine eigenen Regeln und Geschäftsmethoden, die in der Praxis andere ausschlossen, und die Bevölkerung war häufig ziemlich zufrieden damit. Manchmal galten diese

Regeln nicht einmal für ein Land, sondern für einzelne Städte. Und oft vertraten Vertreter bestimmter Branchen oder Sektoren die Ansicht, dass die Arbeit dort nur von Personen mit sehr spezifischen Qualifikationen ausgeführt werden sollte.

Aus diesem Grund ist die Verwirklichung des Binnenmarktes ein schrittweiser Prozess. Einige sehr große Schritte wurden in den 1980er Jahren und den folgenden Jahrzehnten in welchen die Kommission und die EU-Gerichte Druck auf die Mitgliedstaaten ausübten, damit diese sich für andere Waren und Dienstleistungen öffneten, so wie es bereits beschlossen worden war.

Um im Ausland arbeiten zu können, benötigen Personen normalerweise eine besondere Arbeitserlaubnis, die Staaten oft nur sehr restriktiv staatsfremden Personen anbieten. Das ist in der EU nicht mehr nötig - sofern es sich bei den Personen um EU-Bürger handelt.

Für die Bürger aller EU-Länder ist es von Vorteil, dass sie sich dort niederlassen können, wo sie wollen. Andererseits kann es von Nachteil sein, wenn jemand aus einem Land mit niedrigeren Löhnen die Arbeit für die Hälfte des Gehalts anbietet. Oder wenn sich herausstellt, dass ein Mechaniker oder ein Zahnarzt andere Standards aufweist als Sie es gewohnt sind.

Was sind deine Rechte?

Wenn Sie Bürger in einem Land sind, das unter das EU-Recht fällt, können Sie sich in allen EU / EWR-Ländern um einen Job bewerben, arbeiten und dort leben. Es ist generell verboten, Sie aufgrund der Tatsache zu diskriminieren, dass Sie nicht aus dem Gastland kommen. Die Gesetzgebung weist Ihnen die gleichen Bedingungen wie den Bürger des Gastlandes zu und zwar in den folgenden Punkten:

- Zugang zu Arbeitsplätzen
- Steuern
- Arbeitsbedingungen
- Ärztliche Behandlung
- Bildung und Bildungsförderung für Kinder
- Sozialleistungen, wenn Sie z.B. krank oder arbeitslos werden

Wenn Sie fünf Jahre in Folge in einem anderen EU-Land als rechtmäßiger Einwohner lebten, haben Sie automatisch das Recht, dort zu bleiben, solange Sie möchten. Die Bedingungen können natürlich besser oder schlechter sein als die, die Sie aus Ihrem Heimatland kennen. Obwohl sich alle Mitgliedstaaten bereit erklärt haben, die Bürger der jeweils anderen EU-Staaten gleich zu behandeln, gibt es viele Beispiele für unterschiedliche Behandlung in der Praxis. In einigen Fällen ist es erforderlich, sich an den Gerichtshof der Europäischen Union zu wenden, um festzustellen, ob es einen objektiven Grund gab, aus dem eine Arbeit oder ein Recht abgelehnt wurden oder ob es sich um eine unangemessene Diskriminierung handelte.

Sozialdumping und Wohlfahrtstourismus

Der Begriff wird aktuell verwendet, um zu verdeutlichen, dass Arbeitnehmer aus dem Ausland in einem EU-Land Lohn- und Arbeitsbedingungen erhalten, die unter dem üblichen Niveau dieses Landes liegen. Dies ist etwas, das die Arbeitskräfte im jeweiligen Land unter Druck setzen kann, auch geringere Bedingungen zu akzeptieren, und z.B. dazu führen, dass die Löhne sinken. Als die EU 2003 auf einige osteuropäische Länder mit niedrigeren Löhnen ausgeweitet wurde, verzögerten viele EU-Länder die mögliche Einwanderung durch eine Übergangsregelung. Gleichzeitig waren die Gewerkschaften sehr aktiv bei der Ermittlung von Arbeitgebern, die ausländische Arbeitskräfte unangemessen beschäftigten.

Der Ausdruck Wohlfahrtstourismus ist eine kontroverse Äußerung, weil dieser zu der Annahme führen könnte, dass Bürger aus anderen EU-Ländern Kosten für die Wohlfahrtsgesellschaften darstellen. Der Begriff wird zumeist von Rechtspopulisten verwendet, um ausländische Mitbürger*innen zu diffamieren und zu beschuldigen, dass sie ausschließlich in andere EU-Länder ziehen, um deren Sozialsysteme auszunutzen.

Wer hat das Recht?

Das Recht, in anderen EU-Ländern zu arbeiten, gilt für EU Bürger und für Bürger aus den sogenannten EWR-Ländern, die im Wesentlichen die Regeln des EU-Binnenmarkts (Norwegen, Island, Liechtenstein und die Schweiz) einhalten. Wenn Sie verheiratet sind und Kinder haben, gelten die Rechte auch für Sie. Wenn Sie Bürger eines Landes außerhalb der EU / des EWR sind, gelten die Regeln nicht, auch nicht, wenn Sie in einem EU-Land ansässig sind, z. B. als Asylbewerber.

Die Regeln richten sich an diejenigen, die ihre Arbeitskraft anbieten. Die grundlegende Idee ist, dass sie von jemandem angestellt sein müssen, um die Rechte der Freizügigkeit zu genießen. Sie müssen auch echtes Gehalt für ihre Arbeit erhalten. Und Sie müssen ein Teil des Arbeitsmarktes des Gastlandes sein.

Wenn Sie dagegen von einer Firma in einem anderen Land eingesetzt werden, ist das eine ganz andere Sache. Die Probleme und Regeln unterscheiden sich auch, wenn Sie sich mit Ihrem Vermögen oder sich mit Ihrer Pension niederlassen oder eine Firma in einem anderen EU-Land gründen möchten. Wenn Sie sich nicht selbst unterstützen können, haben Sie in vielerlei Hinsicht weniger Rechte.

Der Gerichtshof

Die Vorschriften über die Freizügigkeit müssen in der gesamten EU vielen unterschiedlichen Bedingungen Rechnung tragen. Dabei können für Millionen von Menschen sehr ernste Probleme auftauchen, z.B. im Bereich des Lebensunterhalts, der Arbeitsbedingungen, der Wirtschaft - und bei der Möglichkeit von Einzelpersonen, sich gegen große Unternehmen zu wehren. Es stehen sehr ernste Interessen auf dem Spiel und oft stoßen sie aufeinander.

Aus diesem Grund sind die Regeln sehr detailliert und spezifisch. In den meisten Fällen ist es ganz klar, welche Regeln gelten, und wenn Sie Ihre Rechte nicht automatisch erhalten, können Sie Klage beim Gerichtshof der Europäischen Union einlegen. Es entstehen jedoch immer wieder Fragen, Grauzonen und neue Problemfelder, entweder weil jemand die Grenzen auslotet oder weil sich der Arbeitsmarkt verändert. Es können neue Fälle auftauchen, die zum Zeitpunkt der Aushandlung der Regeln nicht erwartet wurden.

In solchen Fällen wird der Gerichtshof häufig aufgefordert, die Regeln auszulegen, damit die Bürger der EU und die nationalen Gerichte wissen, welche Regeln gelten. Im Laufe der Zeit hat dies zu wichtigen Erkenntnissen geführt, durch die die Bürgerrechte in der Regel gestärkt und präzisiert wurden. Gleichzeitig wurde die Debatte darüber angeregt, wie umfangreich die EU und der EU Gerichtshof tatsächlich entscheiden sollten.

Wer bewegt sich?

Ein jeder kann aus verschiedenen Gründen sein Glück in einem anderen Land suchen. In früheren Jahren war die Hauptwelle von Ost nach West und von Süd nach Nord. Seit 2004, als zehn osteuropäische Länder der EU beigetreten sind, hat sich die Zahl der Osteuropäer in anderen EU-Ländern verdreifacht - von 2 Millionen auf über 6 Millionen. Nach der Finanzkrise im Jahr 2007 gab es einen stetigen Strom von nicht zuletzt arbeitssuchenden jungen Menschen aus den südeuropäischen Ländern, in denen die Arbeitslosigkeit stieg und sich die Möglichkeiten verschlechterten.

Der wirtschaftliche Grund für Bewegungsfreiheit

Der Wirtschaft geht es darum, die Ressourcen so effizient wie möglich zu nutzen. Kapital, Wissen und Arbeitskräfte müssen dorthin gehen, wo sie - alles in allem betrachtet - den höchsten Wert zu den niedrigsten Kosten erzielen. Daher ist der Wettbewerb auf freien Märkten für die Wirtschaft gut. Marktbeschränkungen sind normalerweise für die Wirtschaft schlecht, gleichwohl sie natürlich aus anderen Gründen gut oder notwendig sein können.

Dieses wirtschaftliche Grundprinzip gilt auch auf dem Arbeitsmarkt. Wenn die Belegschaft dort ist, wo sie am meisten für ihre Kosten produzieren kann, ist dies ein wirtschaftlicher Vorteil. Es muss Arbeitskräfte geben, nach denen Nachfrage besteht (z.B. in Bereichen und Branchen mit starkem Wachstum). Gleichzeitig ist es wichtig, dass die Mitarbeiter über die richtigen Qualifikationen verfügen, da die Produktion in vielen Sektoren heute hochspezialisiert ist. Genau den richtigen Schweißer oder Anwalt zu finden, kann sehr wertvoll sein.

Wenn etwas für die Wirtschaft gut ist, heißt das aber noch nicht, das alle davon profitieren.

Der wirtschaftliche Fortschritt kann für manche einen Rückschlag bedeuten. Wenn die am besten ausgebildeten Bürger in die wirtschaftlichen Wachstumszentren ziehen, beeinträchtigt dies die Entwicklung an den Orten, die sie verlassen haben. Und während die Unternehmen und die gefragtesten Arbeiter in erfolgreichen Unternehmen ihren Lebensunterhalt bestreiten, können andere ihren Job verlieren oder ihre Löhne durch preiswertere ausländische Konkurrenz nach unten gedrückt werden. Eine verbesserte Wirtschaft kann daher zu einer stärkeren Ungleichheit zwischen gesellschaftlichen Gruppen, Sektoren oder geografischen Gebieten führen.